

# Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

## *Betuwe – so nicht! sondern besser!*

Per Mail [poststelle@mik.nrw.de](mailto:poststelle@mik.nrw.de)

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Innenminister Ralf Jäger  
Friedrichstraße 62-80  
40217 Düsseldorf

9. September 2015

### **Sicherheit auf der Zugtrasse Oberhausen - Emmerich „Betuwe“ ist nicht gewährleistet** **Ihr unverzügliches Handeln ist erforderlich: Zusätzliche Technik und FSHG-Änderung**

Sehr geehrter Herr Innenminister Jäger,

anlässlich der 3. Sicherheitskonferenz am 26. August 2015 in Oberhausen mit Exkursion in die Niederlande ist noch einmal das Fehlen jeglicher Sicherheitsvorkehrungen auf deutscher Seite der Gefahrgut-Trasse deutlich geworden. Die Abwesenheit Ihres Ministeriums war unverständlich, denn es besteht akuter Handlungsbedarf. Die zuständige Ministerialdirigentin de la Chevallerie brüskiert mit ihrer Verharmlosung.

Die „Betuwe“ ist definitiv eine der wichtigsten europäischen Gefahrgut-Zugtrassen und keine harmlose regionale Strecke. Die Niederlande streben an, Gefahrgüter aller Gefahrenklassen nur noch über diese Bahntrasse zu transportieren, und zwar ab sofort, also noch vor dem Ausbau der deutschen Trasse.

In Viareggio sind 2009 „nur“ Gaskesselwagen nach einer Zug-Entgleisung explodiert und haben 32 Menschen in den Tod gerissen. Unerträglich ist für uns das Wissen um die Tatsache, dass unsere Feuerwehren schon heute überfordert sind, nicht erst nach dem Ausbau auf drei Gleise.

Sie selbst sollten unsere Exkursion vom 26. August 2015 für sich wiederholen, dann werden unsere Ängste für Sie spürbar. Wir sehen Sie in der Pflicht, unverzüglich unsere Sicherheitstechnik zu verbessern und die Feuerwehren zu stärken.

Deshalb appellieren wir außerdem an Sie, bei der Neufassung des bestehenden Gesetzes über Feuerschutz und Hilfeleistung NRW, kurz FSHG, eine landesrechtliche Regelung der Pflichten der Bahn zum Brandschutz (insbesondere zur Erreichung der Strecke und zur Löschwasserversorgung (6000 l/Min.), hier Maßnahmen die weit über den Grundschutz einer Gemeinde gehen) zu beschließen. Die absurde Abschiebung der Verantwortung für Sicherheit internationaler Güterzugtrassen auf kleine Anlieger-Kommunen durch Ihr Ministerium (dokumentiert z.B. im Schreiben an die Stadt Voerde vom 29. Dezember 2010) muss beendet werden. Die Abwehr eisenbahnspezifischer Gefahrgut- und Brandgefahren muss neu geregelt werden.

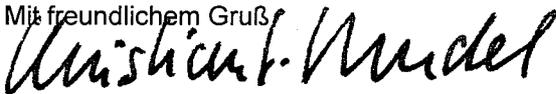
Ebenso ist die „Vertragliche Vereinbarung zwischen den Innenministern/Senatoren für Inneres der Länder und der Deutschen Bahn AG“ vom 19. März 1998 unverzüglich zu kündigen. Die hier beschriebene Hilfsfrist des Notfallmanagers von 30 Minuten!!! ist in keinster Weise kompatibel mit den in den Gemeinden vorliegenden Brandschutzbedarfsplänen.

Wir sind nicht gegen Gefahrgut-Transporte. Wir wollen nur angemessene Sicherheitsvorkehrungen.

Bezahlen müssen dass die Nutzer, also Speditionsunternehmen und deren Kunden, und nicht wir Anwohner. Mit einem neuen FSHG können Sie soziale Gerechtigkeit schaffen, die bisher fehlt.

Wir bitten um Ihre Stellungnahme.

Mit freundlichem Gruß



Christian Felix Hendel

im Auftrag aller Sprecher des Verbandes der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie:

Gert Bork Manfred Flore Karl-Heinz Jansen Heinz Markert Axel Pansegrau Hans-Jörgen Wernicke

Anlage:

Vereinbarung IM und DB AG vom 19.3.1998

Kopie:

Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete, Presse